

URSPRUNG HITLERS UND DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Das Schanddiktat von Versailles vor 100 Jahren



Von KEWIL | Vor 100 Jahren, am 28. Juni 1919, mussten die Deutschen unter Zwang den „Friedensvertrag von Versailles“, wie Wiki das Schanddiktat von Versailles nennt, unterschreiben, der ihnen verlogen die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zudiktierte:

[...] Dem bis dahin beispiellosen Sterben mit Millionen von Toten auf den Schlachtfeldern, an dem wie gesagt vor allem die Alliierten schuldig sind, folgte dann der Schandfrieden, das zum Himmel stinkende, unverschämte, impertinente und uns illegal und gegen jedes Völkerrecht aufgezwungene Diktat von Versailles – eine der ungeheuerlichsten historischen Frechheiten.

Die alliierte Räuberbande schob uns schamlos und jeder Gerechtigkeit spottend die Alleinschuld zu, stahl Deutschland ein Siebtel seines Territoriums und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Dazu mussten wir jahrzehntelang bis in dieses Jahrtausend hinein Hunderte von Millionen Goldmark an Reparationen zahlen, Unsummen für die Schandtaten anderer! Österreich-Ungarn verschwand ganz von der Landkarte.

Außerdem führte der Erste Weltkrieg zum Erblühen von Kommunismus und Bolschewismus, denen später Millionen Menschen

zum Opfer fielen, und das Diktat von Versailles begünstigte nahtlos den Aufstieg Hitlers, führte zum Zweiten Weltkrieg und zur Vernichtung der Juden.

Um das klipp und klar zu wiederholen: ohne den Ersten Weltkrieg und Versailles hätte es Hitler, seine Verbrechen und den Zweiten Weltkrieg nicht gegeben.

Und die Hauptschuld daran tragen die Alliierten, die den Ersten Weltkrieg entfacht und den unsäglichen Vertrag von Versailles diktiert haben, der alles weitere hauptsächlich ausgelöst hat. [...]

(Auszug aus diesem PI-NEWS-Artikel vor fünf Jahren, der unverändert Gültigkeit hat. Wir werden anlässlich des hundertjährigen „Jubiläums“ diese Woche noch weitere Artikel über Versailles bringen.)

C*DU: „Christentum kennt wie Islam Krieg, Kampf, Rache, Vergeltung“



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die Abteilung „Marketing und Kampagnen“ in der C*DU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin hat einer islamkritischen Bürgerin aus München einen Antwortbrief geschickt, der es in sich hat. Ein gewisser Jens-Uwe Kerl

betont darin, dass die vorgebliche „Christ“-Demokratische Partei ihre „Vorurteile und pauschalen Verurteilungen ganzer Glaubensgruppen“ als „nicht angemessen“ ansehe.

Die Dame hatte festgestellt, dass der Islam kein reiner Glaube sei, sondern Befehle für Angriffskriege beinhalte, mit denen jahrhundertlang Europa attackiert und bedroht worden seien. Gläubige Moslems, die sich mit dem Koran beschäftigten, müssten die darin enthaltenen gefährlichen Befehle zu Gewalt, Kampf, Krieg und Töten umsetzen.

Daraufhin schrieb Jens-Uwe Kerl von der C*DU, dass er ihre Ängste „zum Teil nachvollziehen“ könne, auch wenn sowohl seine Partei als Ganzes als auch er persönlich die abgeleiteten Befürchtungen „so nicht teilen“ würden. Die insbesondere von der „selbsternannten Alternative“ beständig beschworene Bedrohung durch den Islam gebe es „in dieser absoluten Form nicht“. Hier würden „Befürchtungen“ aufgegriffen und „instrumentalisiert“, Lösungen „gar nicht erst gesucht“, was „verachtenswert“ sei.

Richtig wäre aber, dass der „radikalisierte Islam – Fundamentalisten und Islamisten“ nicht zu unserer demokratischen Gesellschaft und unseren Werten von Freiheit und Gleichheit passten. Daraus aber abzuleiten, die meisten, wenn nicht alle Moslems seien potenzielle Terroristen, sei nicht zulässig.

Bei der C*DU trennt man also ganz offensichtlich den „radikalisierten“ Islam der „Fundamentalisten“ und „Islamisten“ von der Fata Morgana einer angeblich „friedlichen“ Religion, die von den Tricksern, Täuschern und Lügneren der islamischen Verbände wie Mazyek & Co. gebetsmühlenhaft propagiert wird. Immerhin hat die CDU aber die Existenz des Politischen Islams identifiziert, dem strikt Einhalt geboten werden müsse:

Richtig ist, dass es den politischen Islam in unserem Land

gibt. Ihm müssen Grenzen gesetzt werden. Dazu gehört, dass unser Rechtsstaat seine Regeln und Gesetze mit aller Kraft verteidigt. Sonst wird es in der Tat nicht möglich sein, in unserem Land frei und sicher zu leben. Dafür arbeitet die CDU als Teil der Legislative.

Vom „Arbeiten“ hat man in dieser Hinsicht aber noch nicht allzuviel gesehen. Zudem begeht die CDU den Fehler, diesen Politischen Islam nicht als integralen Bestandteil des Gesamtkonstruktes Islam einzuordnen. Man gesteht diesem allen Ernstes zu, eine „Aufklärung“ zu kennen:

Wenn Sie sagen, der Islam kenne keine Aufklärung, dann ist das falsch. Viele Muslime leben im Geiste der europäischen Aufklärung – gerade auch hier in Deutschland und Europa. Innerhalb der vielfältigen Richtungen des Islam gibt es aber unterschiedliche Auffassungen. Wir sollten alles dafür tun, dass sich die aufgeklärten, weltoffenen Muslime durchsetzen können. Dafür sollen sie unsere Unterstützung bekommen und nicht pauschale Verurteilung, Verachtung oder Anfeindung.

Es gibt zwar vereinzelte Moslems wie Seyran Ates, Hamed Abdel-Samad, Necla Kelek und Ahmad Mansour, die sich für eine Modernisierung des Islams einsetzen. Aber genau sie werden mit Todesfatwen und Mordrohungen aus dem ganz normalen Islam überzogen, beispielsweise von der höchsten Universität des Islams, al-Azhar in Kairo.

Es kommt aber noch besser in diesem Brief: Die vermeintlich „Christlich“-Demokratische Union stellt ihre eigene Religion in einem beispiellosen Relativismus mit dem Islam auf eine Stufe, was Krieg, Kampf, Rache und Vergeltung betrifft:

Im Übrigen darf ich daran erinnern, dass auch die christliche Kirche einen grundsätzlichen Absolutheitsanspruch hat. Auch das Christentum kennt Krieg, Kampf, Rache und Vergeltung – alles im Namen Gottes. Die Inquisition unterschied sich in

ihrer Radikalität kaum vom fundamentalistischen Islam heute. Zu Recht betrachten wir unsere christliche Religion nicht mit dem beständigen Blick darauf, sondern mit dem Blick auf die Heilslehre.

Es hat lange gedauert, bis christliche Religionskriege und -konflikte zu Ende waren. Geben wir den Muslimen eine Chance und helfen wir ihnen auf ihrem Weg als Partner. Dann können und werden wir in unserem Land – und weltweit – friedlich miteinander leben können. Dafür steht die CDU.

Naiver, nestbeschmutzender und tatsachen-ignorierender geht es schon fast nicht mehr. Wer den kriegerischen Islam mit dem nächsten- und sogar feindesliebenden Christentum auf eine Stufe stellt, wer den Feldherr Mohammed mit dem Pazifisten Jesus gleichsetzt, wer das koranische „Tötet sie, wo immer Ihr sie findet“ mit dem biblischen „Du sollst nicht töten“ verwechselt, kennt vor lauter Relativiererei seine eigene Religion nicht mehr. Das ist die C*DU von Merkel, Kramp-Karrenbauer, Tauber, Altmaier & Co., die unser Land mit dieser islamverharmlosenden Politik in den Abgrund führen wird.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-

Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.

Thomas Röckemann: Garzweiler-Besetzer sollten angeklagt werden



Acht verletzte Polizisten, Hausfriedensbruch, Gefangenenbefreiung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Das ist die Bilanz nach einem Chaos-Wochenende im Braunkohletagebau Garzweiler, zu dem das Bündnis „Ende Gelände“ aufgerufen hatte.

Rund 6.000 sogenannte Klimaaktivisten hatten Zugänge zu dem RWE-Gelände 48 Stunden lang blockiert und Polizeisperrungen teils mit Gewalt durchbrochen. Innenminister Herbert Reul (CDU) kommentierte die gewalttätigen Aktionen hinterher gewohnt unaufgeregt.

Dazu erklärt der AfD-Landessprecher von Nordrhein-Westfalen Thomas Röckemann MdL:

„Wie bei der Besetzung des Hambacher Forsts stellt die

Laschet-Regierung erneut ihre Unfähigkeit unter Beweis, linken Ökoradikalen die Grenzen des Rechtsstaats aufzuzeigen. Es entsteht der Eindruck, ihnen wurde heimlich der staatliche Segen erteilt. Anders ist kaum zu erklären, dass die Regierung das sogenannte Anti-Kohle-Bündnis ‚Ende Gelände‘, das der Verfassungsschutzbericht des Landes NRW als ‚europaweites Sammelbündnis zivildemokratischer und linksextremistischer Organisationen, Bündnisse und Netzwerke‘ bezeichnet, überhaupt hat gewähren lassen.“

Röckemann legt dem Innenminister Herbert Reul und dem Justizminister Peter Biesenbach von der CDU nahe, sich mit § 88 StGB ‚Verfassungsfeindliche Sabotage‘ auseinanderzusetzen.

Darin heißt es:

(1) Wer als Rädelsführer oder Hintermann einer Gruppe oder, ohne mit einer Gruppe oder für eine solche zu handeln, als einzelner absichtlich bewirkt, daß im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes durch Störhandlungen (...)

Unternehmen oder Anlagen, die der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienen oder sonst für die Versorgung der Bevölkerung lebenswichtig sind (...)

ganz oder zum Teil außer Tätigkeit gesetzt oder den bestimmungsmäßigen Zwecken entzogen werden, und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Röckemann: „Mindestens die Anführer der Besetzer gehören also wegen verfassungsfeindlicher Sabotage an unserer Energieversorgung angeklagt. Dazu wird es freilich nicht kommen. Die Justiz wird die wenigen Besetzer, deren Personalien sie aufgenommen hat, mit Verwarnungen und

allenfalls leichten Strafen davonkommen lassen. Ohne einen grundlegenden politischen Wechsel schreitet die Zerstörung unseres Rechtssystems unter den regierenden Altparteien in besorgniserregendem Tempo voran.“

Sind wir alle Nazis?



Die ganze Republik jagt Nazis, in einer Republik, die fast nur noch aus Nazis zu bestehen scheint. Das ist der Eindruck, den in diesen Tagen jene gewinnen, die (immer) noch Mainstream-Medien konsumieren. Auf dem abgelaufenen Kirchentag warnte auch die Kanzlerin, Rechtsextremismus „in den Anfängen“ zu bekämpfen. Da wird ihr kein vernünftiger Mensch widersprechen.

Das gilt allerdings für Extremismus von rechts wie von links. Das Problem ist nur: Kampf gegen linke Extremisten sehen wir praktisch nicht. Im Gegenteil: im „Vorwärts“ kann man lesen, dass die SPD im Kampf gegen rechts „auch die Antifa braucht.“ Während die Kanzlerin den Rechtsextremismus in den Anfängen zu sehen scheint, malen uns die Mainstream-Publikationen schon seit Jahren Horror-Szenarien an die Wand, wonach Rechtsextreme und Nazis längst in alle Ritzen, Fugen und Bereiche unserer Gesellschaft eingesickert sind: rechte Christen, die die Kirchen unterwandern, rechte Betriebsräte, rechte Schöffen, die die Justiz infiltrieren, Schrebergarten-Nazis, die sich zwischen Blaubeeren und Salatköpfen einnisten, fremdenfeindliche Kollegen am Arbeitsplatz, Nazi-Methoden auf

Schulhöfen, rechte Siedler in Brandenburg, die „bio, braun und barfuß“ daherkommen (Kontraste, RBB) sowie rechte Polizisten und Soldaten (Friedrich Merz).

Gezeigt werden uns diese braunen Horden nicht. Ganz im Gegenteil. Die BILD berichtete dieser Tage von einem Neonazi-Festival in Ostritz, Sachsen, mit einem Foto, das ein trauriges, richtig einsames Häufchen verloren wirkender Menschen zeigt; die Leitmedien berichteten im Oktober über die Gruppe „Revolution Chemnitz“, die – so die WELT damals – einen Umsturz in Deutschland geplant habe.

Wer allerdings den Bericht unter dieser beunruhigenden Schlagzeile las, fand heraus, dass ein halbes Dutzend Verdächtige festgenommen und ein Luftgewehr beschlagnahmt worden waren. Wo also ist der braune Mob, der Deutschland bis in die DNA infiltriert und uns bedroht? Wird er uns, wenn es um die Details geht, nur nicht gezeigt? Oder gibt es ihn so gar nicht?

Letzteres wäre eine schwere mediale Täuschung. Wenn es ihn aber so bedrohlich und allgegenwärtig gibt, wie es die Leitmedien behaupten, dann muss man sich ernsthaft fragen, warum die Bundeskanzlerin mit ihrem Herrschaftswissen hier nur „Anfänge“ sieht und warum die Behörden nicht endlich mehr dagegen tun. So oder so werden wir nach allen Regeln der Kunst verschaukelt.

Immer mehr Klimahelden in der Union



Von WOLFGANG HÜBNER | Markus Söder ist bekanntlich die fleischgewordene Machtgier auf dem bayerischen Thron. Söder wäre deshalb nicht Söder, würde er nicht die große Chance für den ultimativen Triumph seiner politischen Karriere wittern. Denn der personelle Zustand der niedergehenden Schwesterpartei CDU ist so trist, dass sich Söder durchaus Hoffnung auf die Kanzlerkandidatur der Union nach Merkels Abgang demnächst oder auch erst 2025 machen kann. Wer in Bayern sogar eine populäre weibliche Rivalin auf dem Weg nach oben weggeräumt hat, muss sich vor der saarländischen Freizeit-Putzfrau AKK gewiss nicht fürchten. Und Friedrich Merz verwaltet sowieso lieber seine Millionen als sich freiwillig Dauerattacken der linksliberal-grünen Medienmafia auszusetzen.

Als ebenso gerissener wie absolut bedenkenloser Opportunist hat sich Söder jetzt zu einem kalkulierten Vorstoß für die definitive Rettung des Klimas in Bayern wie der ganzen Welt entschlossen und das mit gewohnter Lautstärke auch kund getan: Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll nicht erst 2038, sondern bereits 2030 erfolgen! Wie das möglich werden soll, ist Söder schnurzegal, ohnehin wird in seinem jetzigen Reich keine Kohle gefördert. Und dass Söders Vorstoß seinen sächsischen Partei- und Amtskollegen Kretschmer in die schiere Verzweiflung im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen treibt, interessiert Söder so wenig wie das Klima – er interessiert sich nur für noch mehr politische Macht.

Nun ist solche Macht nichts Verwerfliches, schließlich kann man ohne sie wenig bewirken. Doch verwerflich ist es schon, wenn einer wie Söder Macht nur der Macht willen anstrebt. Jedenfalls wird so schnell niemand auf die Idee kommen,

glaubwürdig dem Franken irgendwelche feste Überzeugungen oder gar eine haltbare geistige Verankerung zu unterstellen. Das unterscheidet Söder nicht die Spur von einer der abstoßendsten Figuren der CDU und der deutschen Politik – Ronald Pofalla.

Merkels früherer Kanzleramtsminister und jetziger Vorstand der Deutschen Verspätungsbahn AG, hat in einem FAZ-Interview vom 24. Juni gemeinsam mit dem Klimaideologen Hans Joachim Schellnhuber klar gemacht, was kommen wird, nämlich die CO2-Steuer. Denn, so Pofalla: „Die Klimapolitik kann der eigentliche Sinn der Koalition werden.“ Auszug aus dem Interview:

Pofalla: „Dann bleibt aus meiner Sicht nur eine CO2-Steuer mit einem marktregulierenden Preis...“

FAZ: „...von 60 Euro je Tonne?“

Schellnhuber: „Das wäre ein guter Anfang“

Pofalla: „Lassen wir die Höhe mal offen“

Wer jetzt noch nicht begriffen hat, was die Freitags-Schülerchöre real erreichen werden und wen diese Abzockerei treffen wird, der muss schon Besucher des grünen Feldgottesdienstes gewesen sein, auch Evangelischer Kirchentag genannt. Vor tausenden begeisterten Sozialasylantenrettern hat dort die wahre und einzige Klimakanzlerin im Universum angekündigt, sich für den „eigentlichen Sinn der Koalition“ verschärft einzusetzen. Armer Kretschmer, arme Steuerzahler. Doch wo für die Weltenrettung gehobelt wird, da fallen nun einmal auch Späne. Söder, Pofalla, Merkel – Habeck hat noch nicht gewonnen!



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.

Wulff: „Flüchtlingenzuzug großer Glücksfall für deutsche Geschichte“



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der ehemalige Bundespräsident

Christian Wulff glaubt allen Ernstes, dass sich der große Flüchtlingszuzug für Deutschland zu einem ähnlichen Glücksfall wie die deutsche Einheit entwickeln wird. Die Deutschen würden seiner Meinung nach in einigen Jahren die Masseneinwanderung von hunderttausenden Moslems aus islam-fundamentalistischen Ländern als einen „großen Moment ihrer Geschichte“ sehen.

Es habe zwar einige „Fehleinschätzungen“ und „Probleme“ bei der Aufnahme von Flüchtlingen gegeben, ebenso wie bei der Einheit, aber die Stunden der „Erfolgsgeschichte“ letztlich nicht entgegen.

Diesen gefährlichen Blödsinn gab Wulff laut Focus am vergangenen Mittwoch bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung aus Anlass seines 60. Geburtstags von sich. Natürlich musste der Pro-Islam-Apologet auch noch über „rechte Stimmungsmacher“ herziehen, von denen man sich klar abgrenzen müsse. Die „demokratischen Parteien“ müssten seiner Meinung nach „viel selbstbewusster“ auftreten und sich „Apokalyptikern“ und „Fake-News-Produzenten“ deutlich entgegenstellen. Die Lage im Land sei „viel besser“ als die oftmals verbreitete schlechte Stimmung.

Beim evangelischen Kirchentag bekräftigte Wulff am Samstag seine 2010 geäußerte geradezu suizidäre Feststellung, dass der Islam zu Deutschland gehöre und meinte, er würde es heute „noch viel vehementer“ sagen. Er glaube, dass die deutsche Gesellschaft „eine Menge Religion“ vertrage, wenn sich alle „an gemeinsame Regeln“ halten würden. Nur „fundamentalistische Islamisten“ würden sich seiner Meinung nach, wie Rechts- oder Linksextremisten, nicht an die Prinzipien des Zusammenlebens halten. Damit zeigt Wulff wieder einmal, dass er von der grundsätzlichen antidemokratischen und verfassungsfeindlichen Struktur des Politischen Islams und seinen festgeschriebenen Gesetzen absolut keine Ahnung hat.

Zudem forderte er eine Rückkehr zu den geistig wirren Zeiten, als völlig naive Bahnhofsklatscher mit ihren „Refugees

welcome“-Schildchen, ins Gesicht gemalten Herzchen und Teddybär-Würfen hunderttausende Versorgungssuchende feierten:

„Wir müssen den Menschen wieder mehr mit einem Lächeln im Gesicht begegnen, so wie es damals so viele getan haben, als die Flüchtlinge 2015 bei uns ankamen.“

Anstatt sich mit den knallharten gefährlichen Fakten des Politischen Islams zu beschäftigen und diese zu kritisieren, schmiegt sich Wulff lieber an moslemische Taqiyyisten und Kopftuch-Repräsentantinnen an, wie dieser Ausschnitt aus dem WDR-Artikel zeigt:

Bischöfin lobt Integrationsarbeit der Kirche



Aiman A. Mazyek, Ex-Bundespräsident Christian Wulff und Bloggerin Merve Kayikci (v.l.n.r.)

Im Anschluss an Wulffs Vortrag diskutierten auf dem Podium die evangelische Bischöfin Petra Bosse-Huber, die Journalistin und Bloggerin Merve Kayikci und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman A. Mazyek, mit dem Bundespräsidenten a.D. über die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört. Auch das Publikum hatte die Möglichkeit, Fragen an die Runde zu stellen.

Dieses Gefasel eines abgehalfterten Politikers, der ganz offensichtlich die Existenz des Politischen Islams ignoriert, ist leider Standard in der etablierten Politik. Bei Wulff kommt noch erschwerend hinzu, dass er seit 29. August 2014 Präsident des „Euro-Mediterran-Arabischen-Ländervereins EMA“ ist, der sich für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit mit den arabischen Ländern und die Vertiefung der „Berührungspunkte im kulturellen und politischen Bereich“ einsetzt. Damit arbeitet Wulff als Lobbyist für die Interessen islamischer Staaten, was seine absurden Äußerungen in einem ganz besonders üblen Zwielficht erscheinen lässt.

Mit seiner Pro-Islam-Einstellung kann er es sich sehr bequem in der C*DU machen, denn dort ist sie quasi von oben angeordnet. Der Islamkritiker und Ex-Moslem Nassim Ben Iman, der schon Vorträge im bayerischen Landtag und auf EU- sowie UN-Ebene gehalten hat, berichtete mir von einem frustrierenden Gespräch mit Kanzlerin Merkel, in dem sie auf seine eindringlichen Warnungen nur knapp geantwortet habe, dass sie „anderer Meinung“ sei.

In unserer heutigen Zeit, in der unsere Sicherheit durch die Masseneinwanderung von Moslems aus fundamentalistischen Islam-Ländern massiv bedroht wird, muss ein Politiker Sachkenntnis über die brandgefährlichen Bestandteile dieser totalitären Ideologie haben, sonst kann er seiner Verantwortung, Gefahren vom deutschen Volke abzuwenden, nicht gerecht werden. Diese existentielle Bedrohung nimmt aufgrund der raschen demographischen Veränderung immer mehr zu. Wer das Problem nicht identifiziert, kann auch nicht zu seiner Lösung beitragen, sondern wird selbst zum Teil des Problems.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016

Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.

Die Woche COMPACT: Kippt die Asyl-Lüge? Kirche im Kampf gegen Rechts

Kippt nun der große Asylmythos auch offiziell? In dieser Woche gab es dafür erstaunliche Anzeichen. Welche das sind, erfahren Sie in dieser Ausgabe von Die Woche COMPACT. Das sind die Themen. Ansturm auf Europa – Wer die Asylanten wirklich sind / Millionen für Migranten – Wie Berlin den Bürgerwillen ignoriert / Antifa im Talar – Die Kirche im Kampf gegen Rechts / Kriegsangst in Nahost – Der Iran und die Tanker.

Penzlin: Bundesweit erste Koalition zwischen CDU und AfD



Von EUGEN PRINZ | Offenbar war Paul Ziemiak, seines Zeichens Generalsekretär der CDU, nicht ganz auf dem Laufenden, als er letzten Donnerstag via Twitter großspurig wissen ließ: *„Für alle noch einmal zum Mitschreiben: Die CDU lehnt jede Koalition oder Zusammenarbeit mit der AfD strikt ab! (...)“*

Nicht ganz, Herr Ziemiak. Denn wie der Nordkurier berichtet, gib es seit einer Woche im Rathaus der Stadt Penzlin in Mecklenburg-Vorpommern eine gemeinsame Fraktion, Zählgemeinschaft genannt, aus CDU und AfD.

Idee aus der Not geboren

Bei der zeitgleich zur Europawahl am 26. Mai durchgeführten Kommunalwahl hatte die Union in Penzling zwei ihrer bisher fünf Mandate im dortigen Rathaus eingebüßt. Damit die CDU trotzdem weiterhin die stärkste Kraft im Stadtrat bleiben konnte, landete der Fraktionsvorsitzende Mario Röse der Christdemokraten einen Coup: Bei der konstituierenden Sitzung schloss sich die Union mit Reinhard Gleisberg, dem einzigen Vertreter der AfD im Penzliner Stadtrat, zu einer Zählgemeinschaft zusammen. Eine Win-Win Situation: Die CDU kann nun mehr Sitze in den Ausschüssen für sich beanspruchen und Reinhard Gleisberg von der AfD, der als Einzelner isoliert und ohne Ausschusssitz geblieben wäre, hat nun gleich drei Posten bekommen: Einen Sitz im Schul- und Kulturausschuss, einen im Rechnungsprüfungsausschuss und zudem ist er auch noch Vertreter für die Gesellschafterversammlung der Wohnungseigentumsgesellschaft Penzlin mbH.

Eine Runde Mitleid

An dieser Stelle wollen wir kurz innehalten und unser Mitgefühl insbesondere für die Grünen und die Linken im Penzlinger Stadtrat bekunden, die durch das Manöver des mutigen CDU-Mannes Ausschusssitze eingebüßt haben. Stadtpräsident Michael Baaß, Mitglied der Linken, beschwerte sich bitter, dass es bei einer „vorbereitende Beratung“ zur konstituierenden Sitzung des neuen Rates keinerlei Andeutung seitens der CDU über die beabsichtigte „Zählgemeinschaft“ mit der AfD gegeben habe. Macht das einfach und sagt den Linken nichts. Sauerei!

Wenig erfreut ist auch der örtliche CDU-Kreisvorsitzende Marc Reinhardt. Er sei nicht gefragt worden und hätte einer Zählgemeinschaft mit der AfD auch nicht zugestimmt. Das war wohl auch der Grund, warum man ihn nicht fragte.

Kein Wunder, denn Reinhardt will in der CDU sicherlich noch etwas werden. Da bleibt ihm nichts anderes übrig, als den Standpunkt der Parteioberen zu vertreten. Auf der anderen Seite sieht man am Beispiel des CDU-Fraktionschefs Mario Röse, wie der gesunde Menschenverstand obsiegt, wenn nicht das Karrierestreben im Weg steht.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017

unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.

Burka-Propaganda in Köln-Ehrenfeld gescheitert



„Künstlerin“ Selina Pfrüner hat es doch nur gut gemeint: Sie hat zehn muslimische Frauen fünf Jahre lang begleitet, die von ihrem Gott („Allah“) und seinen „Dienern“, ihren Mackern, in die Vollverschleierung gezwungen wurden. Man kann solche jetzt z.B. oft an Badeseen sehen, die Macker wohl gelaunt vorweg, in kurzen Hemden, der Temperatur angepasst, die Ehefrau(en) eingeschweiß, häufig das Gesicht noch frei, hinterher mit den Kindern. Und während der Macker sich schon lachend im Wasser erfrischt und schon etwas nass spritzt, passt seine vollverschleierte Frau auf die Kiddies auf. Und warum? Allah befahl es so und gab die Antwort:

Würde sich die Frau nicht vollverschleiern, dann würden die sie umgebenden deutschen Männer sofort über sie herfallen und sie zum Geschlechtsverkehr zwingen. Weiter sagt Allah, dass sie deswegen ihre Reize verbergen muss, damit das nicht

passiert.

In Ländern, die Allah folgen, also in islamischen Ländern, mag das wohl so sein. Für sie gelten Unverschleierte als Schlampen, bei denen es nicht schlimm ist, wenn Männer sie entsprechend „behandeln“.

Für diese Barbarei wollte die „Künstlerin“ Pfrüner bei männlichen und weiblichen Deutschen in Köln, im Atelierzentrum, mit ihren Bildern und Videos um Verständnis werben. Und sie wollte wissen, weil sie es bislang gar nicht verstand, warum diese Debatte denn „so emotional“ geführt wird. Der Kölner Stadtanzeiger berichtet:

Drinne, im Atelierzentrum Ehrenfeld, sind Frauen mit Burkas, Hidschabs und Nikabs zu sehen, überlebensgroße Fotos, Videos und Redebeiträge, die schon im Vorfeld der Ausstellung „Munaqabba – über Frauen mit Vollverschleierung in Deutschland“ für wütende Kritik sorgten. [...]

Ein Ausgangspunkt ihrer Recherchen sei die Frage gewesen, warum die Debatte über Verschleierungen in Deutschland so emotional geführt werde.

Eine Ursache habe sie in der Angst vor Fremdem gefunden. „Ich wollte wissen, wer diese Menschen hinter den Verschleierungen sind. Wie ticken sie? Werden sie tatsächlich alle unterdrückt? Was bedeuten verschleierte Frauen für meine feministisch erkämpften Rechte? Ich wollte in meine eigene Angst reingehen.“ Die Antworten der Frauen hätten sie zumindest überrascht: Keine einzige sagte, dass sie gezwungen werde, sich zu verschleiern.

Das sagt auch keine einzige, die in Gegenwart ihres Freundes gefragt wird, wer sie denn so verprügelt hat. Sie sagt, sie wäre die Treppe herunter gefallen. Und das sagt dann schon alles. Aber vielleicht an dieser Stelle, als Exkurs, ein Wort zu den verdächtigen Deutschen, vor denen muslimische Idioten

und Frau Pfrüner meinen, ihre Frauen durch Schleier schützen zu müssen:

Bei uns in Deutschland, liebe Selina, gab es bereits im Mittelalter unverschleierte Frauen, um deren Gunst sich die Männer mittels Minne-Gesang oder Kampf im Turnier bemühten. Die Frauen galten nicht als Freiwild, über das ein Mann sich hermachen kann, und auch nicht als doofes Anhängsel ihres Mackers. Sie wurden umworben und hatten danach die Wahl. Etwas idealisiert, gewiss, aber das war so vor etwa 800 Jahren bei uns in Deutschland, Kultur pur.

Und gerade in den letzten Jahrzehnten hat der Kampf um Gleichberechtigung in der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Fortschritte hingelegt. Offen getragene Haare, die hier als Vergewaltigungsgrund unterstellt werden, waren dabei niemals das Thema. Unsere Männer und Frauen haben es nicht nötig, sich mit unsinnigen Gottesvorstellungen auseinanderzusetzen, die im Grunde nur ein Wunschdenken des islamisch (un)gebildeten Patriarchats darstellen, das sich seine Frauen unter der Knute bewahren will. Werbung dafür brauchen wir hier nun gerade nicht. Du darfst diesen Unsinn verbreiten, Selina, hast aber kein Recht darauf, dass er unwidersprochen bleibt. Und das geschah in Köln-Ehrenfeld deutlich:

Draußen ist das Gegenteil von Verschleierung zu sehen: Die Kölnerin Solmaz Vakilpour und vier Mitstreitende ziehen sich aus. Nackt oder spärlich bekleidet und mit Kunstblut bespritzt stehen sie gegenüber des Eingangsbereichs und rufen gemeinsam mit rund 30 bekleideten Demonstrantinnen: „Mein Gesicht, meine Identität!“ „Nein zur Vollverschleierung!“ Vakilpour ist aus dem Iran geflüchtet, weil sie dort „als Frau weit davon entfernt war, gleichberechtigt zu sein, ich wurde in jeder Lebenssituation unterdrückt“.

Einige der Demonstrantinnen halten Schleier an Stöcken hoch und rufen „Nein zur Vollverschleierung! Mein Gesicht ist

meine Identität!“ Auf Plakaten demonstrieren sie für Frauenrechte. Unter den Frauen sind viel Iranerinnen, Türkinnen und Araberinnen.

„Wir befürchten, dass mit der Ausstellung Propaganda für ein Frauenbild gemacht wird, das nicht zu einer offenen Gesellschaft passt“, sagt Ferdos Tadjini, eine der Initiatorinnen des offenen Briefs an Ministerium und Kulturstiftung. „Die Frauen sagen, die Verschleierungen seien für sie ein Schutz. Aber sie werden in Deutschland vom Grundgesetz geschützt.“

Es ist nichts darüber bekannt, dass Selina Pfrüner sich mit den Gegendemonstrantinnen und deren überzeugenden Argumenten unterhalten hätte. Sie wird, wie es jetzt Mode ist, gerade „bedroht“ und ist deswegen verhindert. Auch kein Imam der Erdogan-Moschee in Ehrenfeld ließ sich sehen, um mit den Demonstrantinnen zu diskutieren. Er hätte den Nackten ja durchaus einmal höflich die Hand geben können, die bunte bzw. nackte Vielfalt loben und auch seinen Islam verteidigen können. Dazu kam es nicht.

Bezirksbürgermeister Josef Wirges (SPD) war unterdessen irritiert ob der unerwarteten heftigen Kritik an der Aktion, die er bezuschusst hatte. Er verteidigte die Werbung für die frauenfeindliche Hass-Religion mit dem Grundgesetz:

„Das Recht auf freie Meinungsäußerung gilt für alle, auch für die Künstlerin.“ Er lege Wert darauf, dass „diese Ausstellung keine Jubelveranstaltung für Burkas ist. Es geht um eine kritische Auseinandersetzung. So steht es im Projektantrag, so verstehe ich es auch“. Die kritische Auseinandersetzung hatte er jetzt. Gut so. Danke an die Demonstrantinnen!

Broders Radikalisierung Rechtsbruch

Spiegel: durch



Ja, es gibt äußerst gefährliche Rechtsextreme. Diese Erkenntnis ist allerdings nicht so neu, wie es jetzt nach dem Mord an Walter Lübcke scheinen mag. Aber wichtig ist, dass für die Politik der Fall längst geklärt ist – egal was die Ermittlungen noch ergeben werden.

Sie wissen: Der Feind steht rechts! Von dort sollen etliche deutsche Politiker auch Morddrohungen bekommen haben. Kaum angemessene Aufmerksamkeit und Empörung hat hingegen der schon jahrelang andauernde Skandal gefunden, dass etliche Islamkritiker in Deutschland nur noch unter Polizeischutz leben können. Sie sind bedroht, weil sie ihre Grundrechte in Anspruch nehmen.

Doch in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit wird so getan, als sei das nur eine natürliche Folge ihres Tuns. Deshalb sind diese Bedrohten auch uninteressant. Jetzt gilt es, gegen rechts zu kämpfen. Und da gibt es ja die Idee, Rechtsradikalen die Grundrechte zu entziehen. Warum soll denn das Recht für jeden gelten?

Deutschland radikalisiert sich. Nachdem die Bundesregierung sich nicht mehr unbedingt an Recht und Gesetz hält, fühlen sich viele Extreme – rechts wie links – ebenfalls berufen, das Recht in die eigene Hand zu nehmen.